

## RESOLUTION SUIZIDABSICHERUNG DER MÜNGSTENER BRÜCKE

Ca. 10.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich durch Suizid. Die Gründe und Anlässe für einen Suizid sind vielfältig, manche sind nachvollziehbar, andere bleiben ein Rätsel.

Für die Angehörigen ist ein Suizid eine unfassbare Katastrophe. Ein Suizid verändert das Leben in einem Ausmaß, das jemand, der nicht selbst betroffen ist, kaum ermessen kann, nichts ist mehr so wie es war. Der Schmerz des Verlusts geht oft einher mit der Frage nach dem „Warum“, depressiven Stimmungen und Hilflosigkeit und mit Schuldgefühlen und Schuldzuweisungen. Die besonderen Umstände dieser Todesart drohen das eigene Leben zu zerstören.

Neben den nächsten Angehörigen sind aber auch weitere unbeteiligte Personen oft in dramatischer Weise betroffen. Bei Rettungskräften, Notfallseelsorgern, Nachbarn, Freunden, Lokführern und zufälligen Augenzeugen löst ein Suizid tiefe Erschütterung und oft existenzielle Fragen aus. Nicht selten folgen auch bei ihnen schwere Lebenskrisen.

Zwischen einem und neun Suizide pro Jahr (insgesamt 61 in den 15 Jahren von 2008 bis 2023) geschehen jedes Jahr an der Müngstener Brücke, Deutschlands höchster Eisenbahnbrücke. Damit ist sie einer, wenn nicht der bedeutendste „Brücken-Hotspot“ für Suizide in Deutschland mit weit überregionaler Bekanntheit.

Unter der Brücke befindet sich ein Freizeitpark, der im Jahr 2006 im Rahmen der Regionale entstanden ist und Besucher auch weit über die Grenzen der drei bergischen Städte hinaus anlockt. Mehrere 100.000 Besucher - viele auch aus dem angrenzenden europäischen Ausland - suchen jährlich den Brückenpark auf.

Hieraus ergibt sich, dass neben dem Opfer eines Suizids selbst und den durch einen Suizid mitbetroffenen Familien, Freunden etc. regelmäßig weitere Unbeteiligte (z. B. Besucher des Brückenparks, Rettungskräfte) solche Szenen miterleben müssen oder sogar Gefahr laufen, durch herabgesprungene Personen erschlagen zu werden. So dürfen beispielsweise aus diesem Grund keine Veranstaltungen unmittelbar unter der Brücke stattfinden. Durch die große Höhe von 107 Metern wirken bei einem Sturz ungeheure Kräfte, die Wucht des Aufpralls entspricht einem Gewicht von 5-8 Tonnen. Dies führt zu regelrechten Horrorbildern am Fundort der Leichen. Für die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr resultiert daraus ein erhebliches Risiko psychischer Traumatisierung.

Die Rettungskosten an der Brücke betragen pro Jahr 400.000€. Weiterhin entstehen fünfstellige Ausfallkosten bei einem Bahnstillstand, der mit den Einsatzmaßnahmen an der Brücke regelmäßig einhergeht.

Seit Jahren gibt es intensive Bemühungen u.a. von betroffenen Angehörigen, Fachleuten und Menschen aus der Zivilgesellschaft, um eine Vorbeugung von Suizidereignissen u.a. durch technische Lösungen zu erreichen. Nach dem Abschluss der Brückensanierung im Jahr 2022 ohne entsprechende Lösungen waren diese Bemühungen zunächst zum Erliegen gekommen, und soll mit dieser Resolution wieder aufgenommen werden.

Die Resolution zur Suizidabsicherung der Müngstener Brücke zielt darauf ab, das Leben und die körperliche und mentale Gesundheit von Menschen zu schützen, indem die Risiken von Suiziden an diesem Ort minimiert werden.

Wir fordern, dass unter Berücksichtigung von möglichen technischen Lösungen sowie unter der Berücksichtigung ethischer Aspekte eine für alle tragfähige und akzeptierte Lösung gefunden wird.

## **1. VORGESCHICHTE**

Im Jahr 2009 gründete sich eine Initiative aus betroffenen Hinterbliebenen, ehrenamtlichen und hauptberuflichen Helfern um die Organisation HINAS (Hinterbliebene nach Suizid) sowie die Solinger Notfallseelsorge. Der Verein HINAS kümmert sich um den Trauerprozess der Hinterbliebenen nach einem Suizid (nicht nur an der Müngstener Brücke) und engagiert sich für die Suizidprävention und Absicherung der Müngstener Brücke. Die Initiative nahm Kontakt zu mehreren Suizidforschern auf, die die Bestrebungen begleiteten. Weiterhin wurden die Stadtoberhäupter der Städte Remscheid und Solingen kontaktiert und - als Betreiberin und Verantwortliche für die Brücke - Kontakt mit der Deutschen Bahn aufgenommen. 2010 bestätigte der damalige Beigeordnete für Bürgerservice, Recht, Sicherheit und Soziales in einem Schreiben die Einschätzung der Initiative und beteuerte das hohe Interesse der Stadt Solingen an einer besseren Sicherung der Brücke. Nach etlichen Petitionen an Lokal-, Landes- und Bundes-Politiker und breiter Unterstützung für das Vorhaben sichert die Deutsche Bahn 2013 zu, die Brücke im Rahmen der anstehenden Sanierungsarbeiten auch gegen Suizid abzusichern. Hierzu wurde ein Gutachtauftrag an die RWTH Aachen zur Frage der technischen Umsetzbarkeit erteilt. 2014 erfolgte ein Folgeauftrag zur Verträglichkeit von Absicherungsmaßnahmen mit dem Denkmalschutz der Brücke. Die Absicherung durch vertikale oder horizontale Netze wurde als die präferierte Methode empfohlen. Sie ist nach diesen Gutachten auch möglich.

Zwischen 2016 und 2022 geriet das Absicherungsprojekt plötzlich ins Stocken und schließlich endeten die Sanierungsarbeiten ohne jegliche Absicherung. Den Beteiligten drängte sich der Eindruck auf, dass dies wesentlich auf die Interessen der Tourismusförderung in den beteiligten Städten zurückzuführen war.

Diese drückte sich in der Folge in einer ausführlichen Pressearbeit zum neuen Brückensteig (Möglichkeit, gegen Bezahlung geführt den Brückenbogen zu erklettern) und der Weltkulturerbe-Bewerbung gemeinsam mit fünf weiteren europäischen Stahlgerüstbrücken aus. Die Städte und die Deutsche Bahn AG behaupten, dass es mit der Attraktivierung als Tourismusmagnet zu einer Suizidprävention kommen werde. Wissenschaftliche Belege für die Richtigkeit dieser Behauptung fehlen jedoch vollständig - und die Entwicklung der Suizidzahlen in den letzten Jahren sprechen ebenfalls eine andere Sprache, allein im Jahr 2023 sind weitere 4 Menschen von der Brücke in den Tod gesprungen.

## **2. HINTERGRUND**

Suizidforscher kommen zu dem Schluss, dass Schutzmaßnahmen Suizide wirkungsvoll verhindern können. Entgegen der landläufigen Meinung belegt die Suizidforschung, dass in der Mehrzahl der Fälle keine anderen Orte bzw. Objekte für die Durchführung des Suizides gewählt werden, wenn Schutzmaßnahmen am gewünschten Ort des Suizids diesen verhindern. Nur der kleinste Teil von Suizidenten suizidiert sich nach Verhinderung des Sprungs langfristig auf andere Weise. Von Personen, die an der Golden Gate Bridge am Springen gehindert wurden, lebten nach 26 Jahren noch 94%. Weniger als 5% haben sich innerhalb dieses Zeitraums suizidiert.

Suizide durch Sprung in die Tiefe häufen sich besonders an spezifischen Bauwerken. Eine Suizidprävention ist daher besonders an sog. Hotspots sinnvoll. Hierbei gibt es keine einheitliche Definition für einen sog. Hotspot. Eine Definition geht davon aus, dass ein Hotspot vorliegt, wenn innerhalb von 10 Jahren mehr als 5 Sprünge stattfinden. Bei der Müngstener Brücke waren es in 15 Jahren 61 Sprünge.

Für die Auswahl der Brücke spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle:

- Höhe (tritt der Tod beim Sprung ein?)
- Verfügbarkeit (leichte Zugänglichkeit, Wohnortnähe, Nähe zu psychiatrischen Einrichtungen)
- Berühmtheit der Brücke (Berichterstattung, direkte Imitation).

**Alle diese Faktoren treffen auf die Müngstener Brücke zu.**

Suizidexperten listen unterschiedliche Präventionsmöglichkeiten auf. Diese gehen von Notruftelefonen und Plakaten mit dem Hinweis auf die Telefonseelsorge bis hin zur Absicherung der Brücke gegen ein Übersteigen, was als effektivste Präventionsmethode erachtet wird. Dabei kann die Absicherung aus vertikalen oder horizontalen Barrieren gestaltet werden. Die Wirkung von Präventionsmaßnahmen in Form von Barrieren wird als sehr hoch erachtet. Beispiele von abgesicherten Brücken sprechen von einem Suizid-Rückgang von mindestens 28%. Teilweise gehen die Suizide auf nahezu null zurück, ohne dass Ausweicheffekte zu beobachten sind. Für diese Annahme spricht auch ein Beispiel aus der Region: Die Anzahl der Suizide an der Blombachtalbrücke in Wuppertal sank auf null, nachdem diese abgesichert wurde, obwohl sie früher ebenfalls einen Suizidhotspot in der Region darstellte.

Für die Müngstener Brücke wurden den in der Studie der RWTH Aachen vorgeschlagenen Absicherungsmaßnahmen seitens der Deutschen Bahn mit der Begründung einer zu großen Windlast der Netze sowie eines an der Brücke fahrenden Wartungsfahrzeugs jüngst eine Absage erteilt.

Weiterhin existiert ein Gutachten von Frau Dr. König vom Werner-Felber-Institut für Suizidprävention und interdisziplinäre Forschung im Gesundheitswesen e.V. zu anderen möglichen Absicherungsmöglichkeiten. Von den dort aufgeführten Maßnahmen sollte bereits Anfang des Jahres 2024, dann im September 2024 eine Absicherung mittels Lichtschrankensystem, Bandansage, Videoüberwachung und Warntexten mit Hilfsangeboten umgesetzt werden. Erfolgt ist bislang nichts dergleichen.

Im Rahmen ihres Gutachtens rät Frau Dr. König auch dringend vor der Etablierung eines Rad-/Fußweges auf der Wartungsplattform der Brücke (sog. „Skywalk“) ab und bescheinigt einer solchen Maßnahme eine suizidfördernde Wirkung.

**Zusammenfassend kann festgehalten werden:**

- Die aktuelle Situation an der Brücke geht mit einem ethisch in keiner Weise verantwortbaren erhöhten Risiko von Suiziden und der Schädigung unbeteiligter Dritter einher.
- Es gibt vielfältige Empfehlungen für Maßnahmen, wie das Suizidrisiko an der Brücke gesenkt werden kann.
- Trotz vielfältiger Absichtserklärungen existiert die Problematik unverändert fort. Statt Schutzmaßnahmen werden Maßnahmen geplant, die das Suizidrisiko an der Brücke wahrscheinlich sogar noch erhöhen („Skywalk“).

Die Unterzeichnenden dieser Resolution bringen ihr völliges Unverständnis für diese Situation zum Ausdruck. Die Problematik ist allen Entscheidungsträgern seit langem bekannt. Sorgen im Hinblick auf die Chancen der Weltkulturerbe-Bewerbung können aus Sicht der Unterzeichnenden keine Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung der jetzigen Situation oder die Durchführung von nicht erwiesenen effektiven Maßnahmen sein. Eine abgesicherte Müngstener Brücke ist höchstwahrscheinlich mit einem Weltkulturerbe-Status vereinbar, ein Suizidhotspot ist es definitiv nicht.

### **3. FORDERUNG**

Wir fordern daher, dass die Deutsche Bahn AG und die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal endlich ihre Verantwortung für die vielen Toten an der Müngstener Brücke erkennen, keine weiteren Todesopfer durch Suizid und ggf. an Leib und Seele beschädigte Unbeteiligte sehenden Auges in Kauf nehmen und baldmöglichst wirkungsvolle Absicherungsmaßnahmen ergreifen.

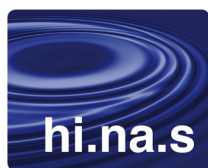
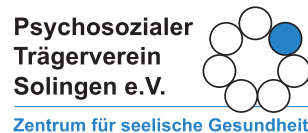
## UNTERZEICHNER (IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE)

- AG Methodenrestriktion des Nationalen Suizidpräventions- Programms (NaSPro)
- Anette Berkholz, Telefonseelsorge Solingen
- Familie Böhm, Minigolf Müngstener Brücke
- Caritasverband Wuppertal/ Solingen e.V.
- Prof. Dr. Eugen Davids, Ev. Stiftung Tannenhof Remscheid
- Evangelische Kirchengemeinde Solingen- Dorp
- Simone Henn-Pausch, Notfallseelsorge Solingen
- Heinz-Rudolf Hönings, Wirtschaftswissenschaftler
- Dr. Thomas Hummelsheim, PTV Solingen e.V.
- Dr. Wolfgang Kues, Vorsitz der AGFW
- Gabi Schiemann-Birk
- Cornelia Weck-Stephan, Bezirksvertretung Burg/Höhscheid

Die Polizei steht dem Gremium beratend zur Seite und sieht die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Suizidprävention.



Arbeitsgemeinschaften der freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal, Solingen und Remscheid (AGFW)



Ortsverband Solingen



## KURZFASSUNG DER RESOLUTION SUIZIDABSICHERUNG DER MÜNGSTENER BRÜCKE

Ca. 10.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich durch Suizid. Die Gründe und Anlässe für einen Suizid sind vielfältig, manche sind nachvollziehbar, andere bleiben ein Rätsel.

Für die Angehörigen ist ein Suizid eine unfassbare Katastrophe. Ein Suizid verändert das Leben in einem Ausmaß, das jemand, der nicht selbst betroffen ist, kaum ermessen kann. Der Schmerz des Verlusts geht oft einher mit der Frage nach dem „Warum“, depressiven Stimmungen und Hilflosigkeit und mit Schuldgefühlen und Schuldzuweisungen. Die besonderen Umstände dieser Todesart drohen das eigene Leben zu zerstören. Neben den nächsten Angehörigen sind aber auch weitere unbeteiligte Personen oft in dramatischer Weise betroffen. Bei Rettungskräften, Notfallseelsorgern, Nachbarn, Freunden, Lokführern und zufälligen Augenzeugen löst ein Suizid tiefe Erschütterung und oft existenzielle Fragen aus. Nicht selten folgen auch bei ihnen schwere Lebenskrisen.

Zwischen einem und neun Suizide pro Jahr (insgesamt 61 in den 15 Jahren von 2008 bis 2023) geschehen jedes Jahr an der Müngstener Brücke, Deutschlands höchster Eisenbahnbrücke. Damit ist sie einer, wenn nicht der bedeutendste „Brücken-Hotspot“ für Suizide in Deutschland mit weit überregionaler Bekanntheit.

Unter der Brücke befindet sich ein Freizeitpark, der im Jahr 2006 im Rahmen der Regionale entstanden ist und Besucher auch weit über die Grenzen der drei bergischen Städte hinaus anlockt. Mehrere 100.000 Besucher suchen jährlich den Brückenpark auf.

Hieraus ergibt sich, dass neben dem Opfer eines Suizids selbst und den durch einen Suizid mitbetroffenen Familien, Freunden etc. regelmäßig weitere Unbeteiligte (z. B. Besucher des Brückenparks, Rettungskräfte) gibt, die solche Szenen miterleben müssen oder sogar Gefahr laufen, durch herabgesprungene Personen erschlagen zu werden. So dürfen beispielsweise aus diesem Grund keine Veranstaltungen unmittelbar unter der Brücke stattfinden.

Seit Jahren gibt es intensive Bemühungen u. a. von betroffenen Angehörigen, Fachleuten und Menschen aus der Zivilgesellschaft, um eine Vorbeugung von Suizidereignissen an der Müngstener Brücke zu erreichen. Hierzu gibt es vielfältige technische, von der Suizidforschung empfohlene und an anderen Brückenbauwerken mit Erfolg umgesetzte Lösungsmöglichkeiten. Trotz klaren gutachterlichen Empfehlungen sind an der Müngstener Brücke aber immer noch keine Lösungen umgesetzt.

Wir, die Unterzeichnenden, erklären:

- Die aktuelle Situation an der Brücke geht mit einem ethisch in keiner Weise verantwortbaren erhöhten Risiko von Suiziden und der Schädigung unbeteiligter Dritter einher.
- Es gibt vielfältige Empfehlungen für Maßnahmen, wie das Suizidrisiko an der Brücke gesenkt werden kann.
- Trotz vielfältiger Absichtserklärungen besteht die Problematik unverändert fort. Statt Schutzmaßnahmen werden Maßnahmen geplant, die das Suizidrisiko an der Brücke wahrscheinlich sogar noch erhöhen („Skywalk“).

**Wir fordern daher, dass die Deutsche Bahn AG und die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal baldmöglichst wirkungsvolle Absicherungsmaßnahmen ergreifen.**

## UNTERZEICHNER (IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE)

- AG Methodenrestriktion des Nationalen Suizidpräventions- Programms (NaSPro)
- Anette Berkholz, Telefonseelsorge Solingen
- Familie Böhm, Minigolf Müngstener Brücke
- Caritasverband Wuppertal/ Solingen e.V.
- Prof. Dr. Eugen Davids, Ev. Stiftung Tannenhof Remscheid
- Evangelische Kirchengemeinde Solingen- Dorp
- Simone Henn-Pausch, Notfallseelsorge Solingen
- Heinz-Rudolf Hönings, Wirtschaftswissenschaftler
- Dr. Thomas Hummelsheim, PTV Solingen e.V.
- Dr. Wolfgang Kues, Vorsitz der AGFW
- Gabi Schiemann-Birk
- Cornelia Weck-Stephan, Bezirksvertretung Burg/Höhscheid

Die Polizei steht dem Gremium beratend zur Seite und sieht die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Suizidprävention.



Arbeitsgemeinschaften der freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal, Solingen und Remscheid (AGFW)

